

Schlußstrich

Kardinal Groer zieht sich zurück

In einem knappen Kommuniqué der Apostolischen Nuntiatur in Wien wurde nun ein Schlußstrich unter die „Causa Groer“ gezogen, die seit mehr als drei Jahren die Atmosphäre in der katholischen Kirche Österreichs vergiftet. In dem Kommuniqué heißt es: „Im Auftrag des Heiligen Vaters hat der Abt-Primas der Benediktiner, *Marcel Rooney*, eine außerordentliche Visitation des Stiftes Göttweig durchgeführt und dem Heiligen Vater berichtet. In der Folge gibt Kardinal *Hans Hermann Groer* diese Erklärung ab: „In den vergangenen drei Jahren hat es zu meiner Person zahlreiche oft unzutreffende Behauptungen gegeben. Ich bitte Gott und die Menschen um Vergebung, wenn ich Schuld auf mich geladen habe. Selbstverständlich bin ich bereit, meinen bisherigen Wirkungskreis aufzugeben.“

Diese Entscheidung in der Angelegenheit Groer ist eine direkte Folge der Vorsprache einer Delegation der Österreichischen Bischofskonferenz bei Johannes Paul II. am Dienstag der Karwoche. Bischof *Johann Weber* als Vorsitzender der Konferenz sowie die beiden Metropolitane, die Erzbischöfe *Schönborn* (Wien) und *Eder* (Salzburg), drängten bei dieser Gelegenheit auf eine rasche Lösung der Groer-Kalamitäten und stellten bei Ausbleiben einer Lösung bedenkliche Konsequenzen für den im Juni geplanten Österreich-Besuch des Papstes in Aussicht. Dieser Standpunkt wurde sehr nachdrücklich auch Kardinalstaatssekretär *Angelo Sodano* sowie den Kurienkardinalen *Somalo* und *Ratzinger* vorgetragen, die offenbar für eine Kompromißlösung eintraten: Kein kirchliches Strafverfahren gegen Groer, sondern freiwilliger Rückzug des früheren Erzbischofs von Wien.

Dieses Bemühen um eine Kompromißlösung schlug sich einerseits in dem eher dürftigen Inhalt der Verzichtserklärung von Hans Hermann Groer nieder, andererseits kam es zu widersprüchlichen Meldungen und Aussagen, die neue Unklarheiten mit sich brachten, und kein Ruhmesblatt der vatikanischen Öffentlichkeitsarbeit darstellen. So wurde z. B. inoffiziell mitgeteilt, Kardinal Groer werde demnächst nach Südschweden übersiedeln, und zwar in das Frauenkloster Vadstena am Ostufer des Vätternsees, das in den achtziger Jahren durch Kontakte zu Groer in Maria Roggen-dorf vor einer Schließung gerettet werden konnte. Schon erste Rückfragen ergaben freilich, daß man in Vadstena von einer Aufnahme Groers nichts weiß.

Diese Unklarheiten fanden in der Öffentlichkeit ein überwiegend negatives Echo. In Pressekommentaren hieß es u. a., von einem Schlußstrich unter die Affäre Groer könne erst dann gesprochen werden, wenn das althergebrachte System des Verschweigens in der Kirche endlich ausgedient habe. Der Göttweiger Benediktinerpater *Udo Fischer*, der schon vor Jahren den Vorwurf der sexuellen Belästigung gegen Groer erhoben hatte und der nun schon seit langem in einem öffentlichen Konflikt mit dem St. Pöltener Bischof *Kurt Krenn* verwickelt ist, bezeichnete den kargen Text des Groer-Briefes als eine „glatte Provokation der Opfer“. Noch viel härter fiel die Stellungnahme des Präsidenten der Katholischen Aktion in der Diözese St. Pölten, *Rudolf Schwertner*, aus: Er forderte die umgehende Veröffentlichung der Ergebnisse der Visitation im Stift Göttweig und drohte in einem Brief an den Apostolischen Nuntius in Wien, noch vor dem Papstbesuch im Juni ein „öffentliches Ermittlungsverfahren“ durchzuführen.

Ange-sichts dieser Reaktionen entschloß sich der Wiener Erzbischof, Kardinal *Christoph Schönborn*, im Fernsehen eine Art „Entschuldigungsschreiben“ zu verlesen: „Als Bischof dieser Diözese entschuldige ich mich

für alles, wodurch mein Vorgänger und andere kirchliche Amtsträger sich an ihnen anvertrauten Menschen verfehlt haben. Wir sind in der Erzdiözese Wien bereit, all denen Hilfe anzubieten, die dadurch Schaden genommen haben.“ In der Stellungnahme hieß es weiter, er, Schönborn, gehe davon aus, daß Kardinal Groer der klaren Bitte des Papstes, er möge seinen bisherigen Wirkungskreis aufgeben, nachkommen werde. „Das bedeutet, daß er nicht mehr als Bischof oder Kardinal in Erscheinung treten und Österreich verlassen wird.“ Der Erzbischof von Wien fügte als „Mensch und Bischof“ eine dringende Bitte an: „Lassen wir bitte ab von weiteren Diskussionen um die Person meines Vorgängers. Wie oft im Leben bleibt vieles offen und unbeantwortet. Ich bitte und lade dazu ein, gemeinsam den Weg des gegenseitigen Vertrauens in Ehrlichkeit, Respekt und in Barmherzigkeit zu gehen.“

Damit war endlich Klarheit geschaffen. Endgültig scheint jetzt jenes Kapitel der österreichischen Kirchengeschichte abgeschlossen, das 1986 mit der Ernennung von Hans Hermann Groer zum Erzbischof von Wien begann, und das mit der Bestellung von *Kurt Krenn* zum Weihbischof in Wien kurz danach seine Fortsetzung fand. Akute Ängste wurden damals wach, es solle eine prinzipielle Kursänderung in der Kirche Österreichs durchgesetzt werden. Vor allem aufgrund von Wortmeldungen des Bischofs *Krenn* wurde befürchtet, es könnte versucht werden, alte Obrigkeitsvorstellungen in der Kirche wieder zum Tragen zu bringen, ein neues konfessionelles Denken in Abwehr ökumenischer Bestrebungen zu forcieren, eine scharfe Abgrenzung zu allen nicht-katholischen Milieus zu verlangen und einen neuen politischen Katholizismus im Zusammenwirken mit rechtskonservativen Parteien zu unterstützen.

Jetzt erscheinen diese Bedrohungsbilder fürs erste überwunden zu sein. Das ist ein außerordentlicher Erfolg für jene Kräfte in der österreichischen Kirche, die allen Schwierigkeiten zum

Trotz im Sinn des Konzils stets für Offenheit und Gesprächsbereitschaft mit allen Gutwilligen eintraten. Bischof Weber als Vorsitzender der Bischofskonferenz hatte in dieser Auseinandersetzung jahrelang die Hauptlast zu tragen, doch standen ihm in allen Diözesen Priester und Laien zur Seite.

Mit der Ernennung von Erzbischof Schönborn kam es dann zu einer entlastenden Gewichtsverlagerung in der Bischofskonferenz, die noch ausgeprägter wurde, als der Salzburger Erzbischof *Eder*, der lange dem Groer-Krenn-Flügel zugerechnet wurde, die Fronten wechselte. Dazu kam der wachsende Widerstand breiter Schichten im katholischen Volk, der auch in Rom nicht länger ignoriert werden konnte. Nun dürften sich die Nachhutgefechte dieses schmerzlichen Prozesses auf die Diözese St. Pölten verlagern, in der noch allzu viele Sprengkörper unentschärft im Gelände herumliegen. cs

Verdummung?

Ökologie bleibt ein schwieriges Wahlkampfthema

Mit dem mittlerweile zum Schlagwort gewordenen „Fünf-Mark-Beschluß“, der programmatischen Ankündigung, den Benzinpreis in Deutschland innerhalb von zehn Jahren auf fünf Mark pro Liter anheben zu wollen, hat der Magdeburger Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen das Thema Ökologie in die Schlagzeilen des wahlfiebrigen Deutschland katapultiert. Die Regierungskoalition griff es als willkommenes Wahlgeschenk gerne auf. Dann legte die tourismuspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen mit dem Vorschlag zur Versteuerung von Flugbenzin und provozierenden Einlassungen zu den Reisegewohnheiten der Deutschen noch einmal nach.

Und zuletzt sorgte auch noch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Schäuble* mit der Präsentation eines Entwurfs des CDU-Wahl-

programms dafür, daß sich das Thema einige Wochen auf der tagespolitischen Hitliste halten konnte. Denn obwohl Schäuble das Reizwort „Ökosteuer“ sorgsam mied, nur von einer europaweiten Energiesteuer die Rede war und die Aussagen zur Verteuerung des Energieverbrauchs nur ein Aspekt unter vielen des Programmwurfes sind, distanzierte sich vor allem die CSU-Spitze lautstark von dem Vorschlag. So verhalf sie ihm erst recht zu großer Prominenz.

Eine nette Überraschung: Lange genug stand weder eine „grüne“ noch eine „schwarze“ Ökosteuer auf der politischen Tagesordnung, war von einem grundlegenden ökologischen Richtungswechsel in unserem Wirtschafts- und Konsumverhalten überhaupt nicht mehr die Rede. Das Thema Ökologie, dies lehrt einmal mehr die Erfahrung der letzten Wochen, taugt jedoch denkbar wenig in Wahlkampfzeiten.

Für die Debatte über die Ziele hinter der Forderung nach einer spürbaren Anhebung des Benzinpreises, einer Energiesteuer oder der Aufhebung der „Schatten-Subventionierung“ von Flugbenzin, bleibt in politisch bewegten Zeiten kein Raum: für eine differenzierte und differenzierende Auseinandersetzung etwa über die Reduzierung des privaten und wirtschaftlichen Verkehrsaufkommens, über Luftschadstoffreduzierung, über Klimaschutz oder ökologisch „ehrliche“ Preise. Erst recht bleibt kein Platz für noch weitergehende Fragen wie der nach sinnvollen Grenzen der geradezu zum Signum unserer Zeit gewordenen Mobilität oder nach den Lebenschancen nachfolgender Generationen.

Statt dessen bestimmte einmal mehr die Karikatur dieser Ziele die Diskussion: Höhere Benzinpreise mutierten zur „sozialen Kampfansage“ nach dem Motto „freie Fahrt für reiche Bürger“, aus ökologischen Steuermaßnahmen wurden umstandslos Standortnachteile und Jobkiller, umweltpolitische Überlegungen einmal mehr zum sicheren Weg in die Ökodiktatur erklärt. Mit ihren Protagonisten wanderte die Ökosteuer in die Sektierer-

ecke. Zwischen Ökologie und Ökonomie, in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit zumal, klaffte wieder der unüberwindbare Graben.

Empörung angesichts solcher Argumentationsmuster mag politisch blauäugig erscheinen. Denn selbst wenn über allgemeine umweltpolitische Ziele und die Dringlichkeit ihrer Umsetzung ein breiter Konsens besteht, bleiben eben die Mittel und Wege dorthin höchst verschieden, bezüglich der Methoden und Steuerungsinstrumente ebenso wie in der Frage der Umsetzungsgeschwindigkeit oder der Radikalität der ökologischen Umbaumaßnahmen. Außerdem hilft es wenig, zur Rechtfertigung der Forderung nach höheren Benzinpreisen auf breite Übereinstimmung in der Fachwelt, auf eine Vielzahl von Umweltstudien und -gutachten zu verweisen.

Auch wenn dort für eine Verteuerung geworben wird, etwa zugunsten reduzierter Schadstoffemissionen oder als Innovationsanreiz für den Automobilbau, dort auch grundsätzlich der Beweis geführt werden kann, daß es für einen ökologischen Strukturwandel der Wirtschaft durchaus auch plausible ökonomische Gründe gibt – das politische Geschäft ist eben ein anderes: gegensätzlichsten Interessen müssen moderiert und ausgeglichen werden; knappe Handlungsräume verlangen die Orientierung besonders am kurzfristig Machbaren und nicht nur am langfristig Wünschenswerten. Auch für noch so ehrenhafte Überzeugungen wollen erst Mehrheiten gewonnen sein.

Besonders aber sollte man beim Thema Ökologie mit wohlfeiler Politikerschelte vorsichtig sein. Denn mit dem Umweltbewußtsein in Deutschland hat es seine eigene Bewandnis. Die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln könnte größer nicht sein. Zahlreiche Umfragen haben dies gezeigt: Kenntnis ohne Konsequenzen, Betroffenheit, Ängste und Sorgen ohne Verhaltensänderung. Und dann ist den meisten in wirtschaftlich schwieriger Zeit das ökonomische Hemd immer näher als die ökologische Jacke. Allemaal aber hört beim Auto der Spaß, beziehungsweise